



Nr. 27 / 27.02.2015

Alexander HOFFMANN *informiert*

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Verlängerung der Finanzhilfen zugunsten Griechenlands: Warum ich dagegen gestimmt habe

Der Deutsche Bundestag hat heute mit großer Mehrheit der Verlängerung der Finanzhilfen zugunsten Griechenlands zugestimmt. Ich habe dagegen gestimmt. Weshalb, das möchte ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, in dieser Ausgabe meines Newsletters erläutern.

Griechenland braucht dringend eine Verlängerung des am 28. Februar auslaufenden Hilfsprogramms. Ansonsten droht den Hellenen innerhalb weniger Tage oder Wochen die Staatspleite. In einem Brief hatte die neue griechische Regierung Reformvorschläge gemacht, denen die Euro-Finanzminister am Dienstag zugestimmt und die Finanzhilfen freigegeben haben.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der bisherige Weg der Stabilisierung Griechenlands der richtige gewesen ist und dass unser Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in den Verhandlungen der Eurogruppe in Brüssel hervorragende Arbeit geleistet hat und so das optimalste Ergebnis erzielen konnte. Genauso fest bin ich allerdings davon überzeugt, dass die neue griechische Regierung – was die Umsetzung der Reformmaßnahmen angeht

– nicht vertrauenswürdig ist. Sie hat von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, dass sie die getroffenen Vereinbarungen mit ihren Gläubigern nicht einhalten wird.

Herr Tsipras sagte über die Verhandlungen mit der Eurogruppe in Brüssel, er habe eine Schlacht, aber noch nicht den Krieg gewonnen. Der Chef der neuen griechischen Regierung bestehend aus einer linksextremen und einer rechtsextremen Partei hatte ja bereits vor der Parlamentswahl erklärt, dass er den eingeschlagenen Reformkurs verlassen werde. Er würde am liebsten die Troika rauswerfen, Wiedereinstellungen im großen Stil beim öffentlichen Dienst vornehmen, die Renten massiv erhöhen und den Mindestlohn deutlich anheben. Absolut kontraproduktiv sind die neuen Forderungen von Finanzminister Varoufakis nach

einem weiteren Schuldenschnitt oder über einen Privatisierungsstopp – kurz nachdem die Euro-Finanzminister der Reformliste zugestimmt hatten!

Diese Reformliste, die die griechische Regierung vorgelegt hat, ist mir viel zu vage. Der Inhalt ist so unterschiedlich interpretierbar, dass damit die ökonomischen Probleme des Landes nicht nachhaltig gelöst werden können. Es fehlt dort vor allem an Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftskraft und auch an einer effektiven Verwaltung.

Der entscheidende Zeitpunkt für die Zukunft des Euro-raums und Griechenlands ist in vier Monaten. Ging es in dieser Woche um die Verlängerung eines Reformprogramms, an dessen Ende die Auszahlung einer letzten Tranche steht, könnte in vier Monaten die Frage nach einem neuen milliarden-schweren Hilfspaket für Griechenland im Raum stehen. Daher war es mir wichtig, mit meinem Abstimmungsverhalten ein

ganz klares Signal an die griechische Regierung zu senden. Ich befürchte, dass man uns in vier Monaten wieder von der Aufweichung unseres Grundsatzes „Solidarität gegen Solidität“ überzeugen möchte. Sollten wir Griechenland Sonderrechte einräumen, würden wir damit andere Euroländer wie etwa

Spanien oder Portugal, die ihre Reformpläne mit Erfolg umsetzen, vor den Kopf stoßen. Portugal zeigt, wie man eine Schieflage wieder in den Griff bekommt: Das Land plant, schon 2015 einen Teil der erhaltenden Finanzhilfen zurückzuzahlen.

Die neue griechische Regierung muss ihre Reform-Ankündigungen konkretisieren und vor allem endlich umsetzen – doch daran habe ich Zweifel. Ich



Sondersitzung der CSU-Landesgruppe: Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble erläutert die Verlängerung der Finanzhilfen zugunsten Griechenlands. Daneben Bundesminister Gerd Müller (links), Landesgruppen-Vorsitzende Gerda Hasselfeldt und der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer.

lasse mich aber gerne eines Besseren belehren. Die griechische Regierung darf die Zustimmung des Bundestages zur Verlängerung der Finanzhilfen nicht als einen Selbstläufer für die Fortsetzung ihrer Schuldenpolitik verstehen. Deshalb habe ich dagegen gestimmt.

Betreuungsgeld: Jeder fünfte Euro geht an bayerische Familien

Bayern war auch im Jahr 2014 Spitzenreiter beim Betreuungsgeld, für das sich vor allem die CSU so stark gemacht hat: Seit der Einführung sind knapp 95 Millionen Euro nach Bayern geflossen. Mit 22,5 Prozent der insgesamt ausgezahlten Mittel ist das der höchste Anteil unter den Bundesländern. Dies zeigt, dass das Betreuungsgeld für Familien in Bayern besonders wichtig ist. Die Nachfrage ist hoch: Mehr als 70 Prozent der anspruchsberechtigten Eltern haben das Betreuungsgeld beantragt, insgesamt mehr als 110.000 Personen. Bundesweit erhalten Eltern seit August 2013 Betreuungsgeld. Die Leistung kann für Kinder, die ab dem 1. August 2012 geboren wurden, für maximal 22 Monate in Anspruch genommen werden und beträgt 150 Euro monatlich. Die maximale Bezugsdauer wird häufig aber nicht ganz ausgeschöpft. Für viele Eltern handelt es sich um eine finanzielle Unterstützung im Übergang bis zur Eingewöhnung des Kindes in einer Krippe oder Tagespflege. Insofern hat das Betreuungsgeld auch eine wichtige Brückenfunktion und leistet seinen Beitrag zur echten Wahlfreiheit für junge Familien.

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB

Fotos:
CDU/CSU-Fraktion/Tobias Koch;
Fotostudio Schwab;
Alexander Hoffmann